

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

07.08.21 - Pressemitteilung 2021-28:

Unsinnige Markierungsarbeiten auf der Kreisstraße in Höchst i. Odw.

Vor wenigen Wochen wurde die Fahrbahnmarkierung der Groß-Umstädter Straße in Höchst i. Odw. zum Teil erneuert. Die Markierung der Seitenstreifen wurde wiederhergestellt.

Geldausgabe für Beibehaltung einer gefährlichen Situation

Der BUND für Umwelt und Naturschutz hatte im Januar 2020 die Straßenverkehrsbehörde des Odenwaldkreises über die gefährliche Art der Fahrbahnmarkierung informiert. Wie an anderer Stelle in Höchst nimmt die Behörde auch an dieser Straße eine Benachteiligung und Gefährdung des Rad- und Fußverkehrs in Kauf. Statt den Fahrbahnquerschnitt für Radfahrende sicherer zu machen, die durch hohe Fahrgeschwindigkeiten der Kfz und zu nahes Überholen ständig gefährdet sind, wurde die 30 Jahre alte Fahrbahnmarkierung aufgefrischt. Diese war unter anderem für eine Begegnung zweier Panzer der amerikanischen Armee in den 1970-er Jahren angelegt worden. Seit der Herstellung der Umgehungsstraße von Höchst vor über 10 Jahren warten die Anwohnerinnen auf eine Verbesserung der Straßenraumgestaltung.

Neue Klassifizierung

Die nördliche Ortseinfahrt von Höchst i. Odw. ist als Kreisstraße (K212) klassifiziert. Der Odenwaldkreis trägt auch die Kosten für die Erhaltungsarbeiten. Seit 2007 wurde jedoch nichts getan, um die geänderte Bedeutung der Straße auch optisch sichtbar zu machen. Ein 35 Jahre alter Bebauungsplan blieb ungenutzt, um – zusammen mit dem Kreis – den Einbau von Straßenbäumen und eine Ordnung des Parkens herbeizuführen. Statt dessen blieb die Fahrbahn mit einer Breite von 10 bis 13 m unverändert und wurde jetzt durch die Markierung für die nächsten 10 Jahre gestaltet. Die heutigen Richtlinien für derartige Straßen gehen von einer 6m breiten Fahrbahn aus. Es ist also ausreichend Platz für eine Neuaufteilung vorhanden.

Verpasste Chancen

Wie so oft, haben auch in diesem Fall die zuständigen Behörden vor allem durch Nichts-Tun und Ignorieren die Chance verpasst, Geld aus dem Straßenbauetat des Kreises sinnvoll auszugeben. Die Ordnungsbehörde der Gemeinde hat sich in der Vergangenheit an vielen Stellen des Höchster Straßennetzes aktiv gegen ordnungswidriges Fahren und Parken eingesetzt – in der Groß-Umstädter Straße scheint dies nicht erfolgt zu sein. Noch heute werden hier neben einer 10m breiten Fahrbahn die Gehwege für den Fußgängerverkehr durch parkende Kfz verschmälert. Die damit verbundene Ordnungswidrigkeit wird in Höchst i. Odw. an dieser Stelle offensichtlich nicht geahndet.

Die Markierungsarbeiten für einen Radstreifen und die Anordnung von Parkplätzen auf der Fahrbahn zu verwenden, kam offenbar keinem der beteiligten Behördenmitarbeiter in den Sinn. Der BUND bedauert, dass in Höchst i. Odw. dem Radverkehr noch immer die Rolle im Abseits der Verkehrsabläufe zugewiesen wird. Der Verwaltung ist zu wünschen, dass eine auf Förderung des Radfahrens ausgerichtete Praxis nicht mehr allzu lange vor der verschlossenen Tür des Rathauses verharren muss.

Auch die Straßenverkehrsbehörde des Kreises muss sich fragen lassen, ob es keine Überprüfung der vom BUND vorgetragenen Argumente gab, die gegen die jetzt durchgeführte Geldausgabe sprechen.